

# fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 2 / 2022

27. Januar 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 26. Januar fand die erste Stadtverordnetenversammlung des Jahres 2022 statt. Schwerpunkt der Diskussion war die Änderung der Hauptsatzung.

Ihre/ Eure  
Britta Kommesser

## Themen dieses Newsletters:

**Ralf Holzschuher**

**Weg frei für einen vierten Beigeordneten –  
Neues Miteinander in der SVV?**

**Udo Geiseler**

**Bürgerservice vor Ort. Eine Notwendigkeit**

## Weg frei für einen vierten Beigeordneten – Neues Miteinander in der SVV?



Es wird nun doch vier Beigeordnete in der Stadtregierung geben. 33 Stadtverordnete aus fast allen Fraktionen haben diesen Vorschlag des Oberbürgermeisters unterstützt.

In der SPD-Fraktion gab es dazu unterschiedliche Auffassungen - verständlicherweise, denn der Weg zu diesem Beschluss war kein Ruhmesblatt für Scheller und die SVV. Die Vorgeschichte zeigt, wie wichtig es ist, eine politische Strategie vom Ende her zu denken.

Seit vielen Jahren, fast schon seit Jahrzehnten, existierte in der SVV eine Situation, bei der sich Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Die Zusammensetzung dieser Lager wechselte gelegentlich, doch die Konfrontation blieb. Nach der Kommunalwahl 2019 waren viele in der SVV um ein neues Miteinander bemüht. In wichtigen Fragen einer Kommune braucht es eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Nur dann ist eine Stadt stark. Und OB Scheller schien dies verstanden zu haben, 2020 wurde Bürgermeister Müller mit sehr großer Mehrheit in der SVV gewählt.

Bald darauf waren jedenfalls zwei weitere Beigeordnetenposten zu besetzen, und auch drei neue ließ die Kommunalverfassung zu. Beigeordnete sind politische Beamte. Sie müssen zwei Voraussetzungen erfüllen: Sie brauchen die fachliche Qualifikation für die Aufgabe und sie müssen politisch zum Konzept des Oberbürgermeisters passen. Das kann er aber nicht eigenmächtig durchsetzen, dafür braucht er eine Mehrheit in der SVV. Will Scheller, wie er es erklärt hat, möglichst viele einbeziehen, braucht er eine breite Mehrheit.

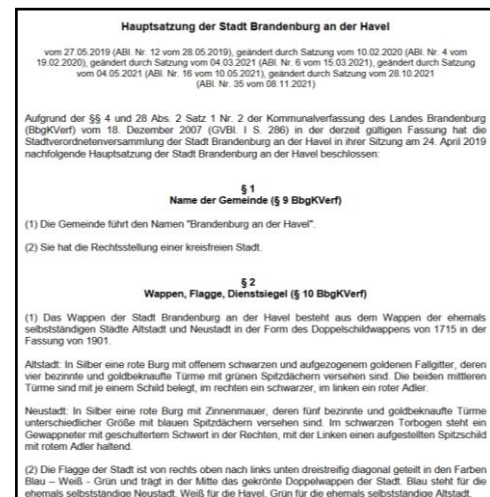
Man kann die Verwaltung Brandenburgs mit drei oder vier Beigeordneten organisieren. Will man viele Fraktionen einbeziehen, will man die politische Kommunikation mit allen, sind vier Beigeordnete besser.

Das war auch 2020 schon erkennbar. Hätte da die Kommunikation mit allen Seiten begonnen, wären wir heute wohl schon weiter. Das ist ein Versäumnis des OB, aber auch wir und andere Fraktionen haben kommunikative Fehler gemacht. Wir haben zu wenig vom Ende her gedacht. Sonst wäre es nicht dazu gekommen, dass zunächst beschlossen wurde, einen vierten Beigeordneten zu schaffen, dann hätte es 2021 keine breite Mehrheit für die erneute Reduzierung auf drei gegeben und nun wieder eine breite Mehrheit für das Gegenteil. Das war doch ziemlich inkonsequent.

Und doch ist der Prozess ein Beweis dafür, dass sich etwas positiv geändert hat. Es gibt bei sehr vielen den Wunsch, in der SVV gemeinsam zu arbeiten, alte Gräben zuzuschütten und nach vorne zu schauen. Die 2020/2021 besprochene Zusammenarbeit von CDU, SPD und Freien Wählern wäre aus unserer Sicht genau dafür ein Zeichen gewesen. Doch sie würde nur funktionieren, wenn darin auch der Aufbruch zu einem besseren Verhältnis mit anderen Fraktionen liegt. Nun ist der Weg frei für eine breitere Beteiligung der Stadtverordneten. Doch zu Ende ist das Verfahren nicht. Jetzt ist der Oberbürgermeister am Zuge. Er muss neu ausschreiben und er muss Kandidatinnen oder Kandidaten finden, die qualifiziert und mehrheitsfähig sind.

Am Ende soll eine Stadtregierung stehen, die die Kommune und die Verwaltung kreativ voranbringt. Eine Beigeordnetenriege, die aus allen Fraktionen Anregungen aufgreift, die die Kompetenz und Erfahrung aller Stadtverordneten einbezieht. Für dieses Ziel kann und will die SPD-Fraktion ihren Beitrag leisten.

Doch erreichen können wir es nur gemeinsam mit den anderen politischen Kräften, wenn wir dieses Ziel wollen und eine Strategie entwickeln, wie man es am Ende auch erreicht.



## Udo Geiseler

# Bürgerservice vor Ort. Eine Notwendigkeit



Wenn eine Kommune benachbarte Orte eingemeindet, ist sie zuständig für deren Belange. 1952 – vor 70 Jahren – wurden die Stadt Plaue/H. und die Industriegemeinde Kirchmöser mit ihren damals fast 10.000 Einwohnern eingemeindet. Beide Orte verfügten über eigene Verwaltungen und Rathäuser. Dort wurde noch in den 1990er Jahren ein bürgernaher Verwaltungsservice vorgehalten. Um die Jahrtausendwende schloss man diese Einrichtungen geschlossen, die Rathäuser wurden verkauft. Der verkleinerte Bürgerservice wurde für beide Ortsteile in einem ehemaligen Pförtnerhaus am Seegarten untergebracht. Auf Grundlage einer mündlichen Bestandgarantie für dieses Büro stimmten die damaligen Ortsvorsteherinnen sowie die Bürgerinnen und Bürger dieser Veränderung zu.

Daraus ist eine unendliche Geschichte permanenten Ärgers geworden. Durch regelmäßige Schließungen ist der Bestand des Büros grundsätzlich gefährdet. Wir Ortsvorsteher von Kirchmöser und Plaue, Carsten Eichmüller und ich, treten dem Ansinnen entschieden entgegen, aus diesem Umstand schließen zu wollen, dass die Bürger in unseren Ortsteilen das Büro gar nicht wirklich annehmen wollen. Das ist eine – nennen wir es freundlich – mutige Interpretation der wahren Verhältnisse. Das Büro wird gefordert, angenommen, gebraucht!

Um es klar zu sagen: Wir verlassen uns auf das jetzt erneuerte Wort von Oberbürgermeister Steffen Scheller, dass dieses Büro weiterbesteht!

Andererseits verstehen wir, dass 23000 Euro für den Wachschatz, der zu den Bürozeiten vor Ort sein muss, unverhältnismäßig viel Aufwand bedeuten. Deswegen haben wir gestern in der SVV vorgeschlagen, die Bürozeiten „bis auf weiteres“ auf zwei Tage pro Woche zu reduzieren. Am Dienstag ist die Polizei mit ihrer Sprechstunde ebenfalls vor Ort. Wenn man an einem zweiten Tag eine weitere Bürokraft in Kirchmöser beschäftigt, die zusätzliche Dienstleistungen, z.B. Kfz-Zulassungen, anbietet, könnten sich die Aufwendungen für den Wachschatz drastisch reduzieren. Das wäre unser Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Dafür erwarten wir aber die regelmäßige, berechenbare Öffnung des Büros, ohne Terminvereinbarung und inklusive Krankheits- und Urlaubsvertretung.

Wir wissen, dass wir mit diesem Vorschlag nicht uneingeschränkt den Beifall in Plaue und Kirchmöser erhalten, weil wir mit diesem Kompromissangebot wieder grundsätzlich vereinbart Dinge preisgeben. Aber eine reduzierte regelmäßige Öffnung ist besser als gar keine Öffnung. Nach einem Jahr wollen wir die Lage neu bewerten, mit dem Ziel, die Öffnungszeiten wieder zu erweitern.

Wie hoffen, dass sich Oberbürgermeister Steffen Scheller zeitnah zu dem Vorschlag äußert.

Gleichzeitig sind wir der SPD-Fraktion dankbar, dass sie erwägt, für den Fall, dass ein Kompromiss nicht möglich ist, einen Antrag im Stadthaushalt zur weiteren Finanzierung des Wachschatzes zu stellen, weil wir dann nachdrücklicher für den Bestand des Bürgerservices in Kirchmöser eintreten müssen.

